

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Die große Entfremdung

Ein Jahr danach und der Irak: Schröder gegen Bush, Bush gegen alle

*** Josef Joffe ***

Von der "uneingeschränkten Solidarität" zu Schröders schroffem "Nein" ein Jahr nach dem 11. September: Noch nie seit 1945 hat ein deutscher Kanzler den Amerikanern so unbekümmert die Freundschaft entzogen. "Nein" zum Krieg gegen den Irak, "Nein" selbst zur Beteiligung unter einem UN-Mandat (wie der SPD-Generalsekretär nachschob). Fehlt noch etwas? Die Fuchs-Spürpanzer in Kuwait müssen auch weg!

Keht Rot-Grün in jene wundersame Welt von 1991 zurück, als Deutsche weiße Laken aus den Fenstern hängten? Waren die Einsätze auf dem Balkan, in Afghanistan bloß eine Episode - als die Deutschen sich aus ihrem mitteleuropäischen Gärtchen herauswagten, um für den Frieden nicht nur zu demonstrieren, sondern auch etwas zu riskieren? Wenn ja, dann marschiert Rot-Grün zusammen mit der Union zurück in jene heitere Vergangenheit, als "Kein Krieg, nirgendwo!" der Deutschen liebste Devise war. Denn kaum hatte der Kanzler entdeckt, dass regierungsamtlicher Pazifismus Wahlkampfpunkte einbrachte, da sprang ihm der Kandidat an die Seite. Auch er, tat Stoiber kund, würde die "Füchse" bei einem amerikanischen Alleingang zurückbeordern.

Isolierte Deutsche

Noch vor einem halben Jahr hatte der Kandidat klüger geredet: Man möge doch, bitte schön!, nicht Druck auf die Amerikaner, sondern auf Saddam machen - damit der endlich wieder die UN-

Waffeninspektoren ins Land lasse. Hier hätte der Wahlkampf enden und ein etwas großflächigeres Denken beginnen müssen. Ist Saddam nur eine Obsession des Bush junior? Natürlich nicht. Dass der Iraker ein gefährlicher Imperialist ist, hat er mit der Invasion zweier Nachbarn - Iran und Kuwait - bewiesen. Dass er Massenvernichtungswaffen auch einzusetzen gewillt ist, hat er mit mörderischen Gasattacken auf die eigene Bevölkerung gezeigt. Dass er weiter an diesen Waffen baut, lässt ein schlichtes Indiz erkennen: Warum hat er auf insgesamt 160 Milliarden Dollar an Öleinkünften verzichtet, statt den Inspektoren freie Hand zu lassen, um so das Ende der Sanktionen zu erwirken?

Hätten Schröder und Stoiber weniger an Wahlkampf als an die Weiterungen gedacht, wäre ihnen aufgefallen, dass Berlin mit einem Fuß plötzlich dort steht, wo es nie landen darf: in der Isolierung. Kein anderes Land von Belang hat wuchtiger gegen Amerika ausgeteilt wie dieses. England sowieso nicht (wo ein hoher Militär die Deutschen nun als nonentity einstuft). Aber selbst die Franzosen sind verdächtig leise und verkünden anonym: "Wir mögen zwar keine militärischen Operationen", wollen aber "alle Optionen offen halten und nicht kritisieren". Auch die nicht minder skeptischen Russen geben sich diplomatischer als die Deutschen. Und sie betonen, was hierzulande im Rausch der "Sonntagsfragen" vergessen wird. "Ich sehe", so Außenminister Iwanow, "keine Alternative zur

Rückkehr der Inspektoren." Was Wunder, dass Bagdad nun die Deutschen ganz freundlich anlächelt - und Berlin die Umarmung verlegen abwehren muss. Wahlkampf ersetzt eben keine Außenpolitik. Außenpolitik hat mit Einfluss, nicht mit Agitation zu tun. Und mit Konsequenzen. Sollte Schröder auch nach dem 22. September Kanzler sein, wird er viel zu tun haben, um diesen Schaden wiedergutzumachen. Ein Kanzler Stoiber übrigens auch.

Der Schaden ist aber nicht nur Made in Germany. Vor einem Jahr, nach dem Massenmord von Manhattan, stand mit Ausnahme der "muslimischen Straße" die ganze Welt an der Seite Amerikas. Die militärischen Hilfeangebote überschlugen sich. Und heute? Die Partner gehen auf Distanz, wenn auch keiner so rabiat wie Berlin. Die einen fühlen sich vom Irak nicht sonderlich bedroht, die anderen fürchten um ihre Interessen in der arabischen Welt. Die einen haben Angst vor dem Unberechenbaren, die anderen vor dem gewaltigen Machtgewinn, der den USA nach einem Sieg in der gesamten Region zufallen würde. Doch grundsätzlich ist die Entfremdung Made in USA.

Ganz knapp: Unter Bush hat Amerika mit den besten Traditionen seiner Außenpolitik gebrochen. Das Geniale an der US-Nachkriegsdiplomatie war eine ebenso schlichte wie profitable Einsicht: Die eigenen Interessen gedeihen am besten in einem System, das auch die Interessen der anderen bedient. Ob Nato oder

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Währungsfonds, Weltbank oder Freihandelsabkommen - diese Institutionen verschafften nicht nur Amerika, sondern auch den Partnern Sicherheit und Wohlstand. Oder ganz praktisch: Nachdem der Irak sich Kuwait einverleibt hatte, betrieb James Baker, der Außenminister von Bush senior, mühsam und geduldig diplomatische Kärnerarbeit - bis er eine fast weltweite Koalition gegen Saddam zusammengeschnürt hatte. Erst dann fielen die Bomben.

Und heute? Da proklamiert Verteidigungschef Rumsfeld: "Das Schlimmste ist es, einer Koalition zu erlauben, unsere Aufgabe zu bestimmen." Sicher, allein geht es schneller und bequemer, und manchmal darf ein Staatenlenker, der zuvörderst der Sicherheit der eigenen Nation verpflichtet ist, auch nicht abwarten, bis der Gegner den ersten Schlag führt. Oder bis der, wie womöglich im Falle Saddams, Atomwaffen an die Kollegen von al-Qaida weitergibt, um selbst der Vergeltung zu entgehen. Wer keine Adresse hat, lässt sich weder eindämmen noch abschrecken.

Indifferente Amerikaner

Aber auch in der Hobbesschen Welt der Staaten (die jenseits des

glücklich befriedeten Europas noch recht weitläufig ist) hat Politik mit Legitimität zu tun. Erst recht im Falle Amerikas, das sich seit Monaten im autistischen Selbstgespräch mit dem Für und Wider eines Krieges abquält.

Gerade die größte Militärmacht aller Zeiten kann nicht so tun, als sei sie allein auf Erden - oder nur umringt von nichtswürdigen Liliputanern. Denn je mächtiger ein Land, desto mehr Vertrauen braucht es - oder die anderen kehren sich ab oder rotten sich gar gegen die "Hypermacht" zusammen. Vertrauen bedeutet zumindest: den anderen zuhören. Noch besser: auf sie eingehen. Am besten: sie überzeugen. Oder sich auch von ihnen überzeugen lassen, weil langfristig das krasse Muskelspiel auch den Stärksten schwächt.

Doch im Vollgefühl amerikanischer Macht (und Verletzbarkeit durch den Terror) haben die Bushisten offenbar beschlossen, dass sie auf die Staatengemeinschaft nicht zählen müssen - oder dürfen. Wenn ihnen die "Liliputaner" bloß lästig sind, könnten sie sehr wohl einem der eigentlich Ihren, Henry Kissinger, lauschen: "Selbst dort, wo Amerika in Fragen der vitalen nationalen Sicherheit wie im Falle des Irak allein handelt, ist es in

unserem Interesse, den Rest der Welt davon zu überzeugen, dass unser erster Präventivkrieg ein notwendiger sei, dass wir die Interessen der Welt im Auge behalten und nicht nur die eigenen."

Wer aber allein kämpfen will, der sagt: "Uns kümmern eure Interessen nicht." Wer den Regimewechsel zum Ziel macht, verheddert sich in selektiver Moral (warum nicht auch die saudische Klerikaldiktatur?). Wer erst schießen und dann nach der Nachkriegsordnung fragen will, hängt sich den Mühlstein der Verantwortungslosigkeit um den Hals. Wer aber Saddam das Atompotenzial nehmen will, darf nicht das mörderische Risiko eines Krieges (für das Leben von Soldaten und Zivilisten sowie für die Weltwirtschaft) eingehen, bevor er nicht alle anderen Mittel getestet hat: vorweg die Wiederherstellung des Inspektionsregimes. Bei dieser unumgänglichen Aufgabe werden auch die Deutschen mitziehen müssen. Aber erst nach dem Wahlkampf.

Nichts blieb, wie es war: Die brennenden Türme von Manhattan am 11. September vor einem Jahr /